

Fachverband der Stein- und keramischen Industrie

SONDERAUSGABE

1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63
T +43 (0)590 900 - 3532 | F +43 (0)1 505 62 40
steine@wko.at | www.Baustoffindustrie.at

20.05.2019

SONDERNEWSLETTER

EUROPAWAHL 2019



Europäisches Parlament

EUROPAWAHL

23. - 26. Mai 2019

#Europawahl2019

Anlässlich der bevorstehenden Europa-Wahl - die Wahl der Volksvertreter zum Europäischen Parlament - finden Sie nachstehend einige Informationen zum Thema. Darüber hinaus haben wir jene Kandidaten befragt, die mit ihren Themenbereichen am ehesten unsere Interessen berühren.

Am **26. Mai 2019** werden in Österreich **die 18 österreichischen Mitglieder** der insgesamt 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt. Dass sich diese Zahlen nicht verändert haben, liegt daran, dass die Briten erst kürzlich beschlossen haben, nun doch an den EU-Wahlen teilzunehmen. Bei einem Brexit wären nur mehr 705 Mandatare - davon 19 Österreicher - zur Wahl gestanden. Als Stichtag wurde der 12. März 2019 festgesetzt.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments vertreten die Interessen von rund 460 Millionen Bürgerinnen/Bürgern. Die Wahl wird in allen 28 Mitgliedstaaten im gleichen Zeitraum abgehalten: zwischen dem 23. Mai und 26. Mai 2019. Jeder Mitgliedstaat kann selbst entscheiden, an welchem Tag oder Tagen in diesem Zeitfenster die Europawahl abgehalten wird.

Es handelt sich um eine Direktwahl, bei der die Stimme für eine kandidierende Partei abgegeben wird. Welche Kandidatinnen/Kandidaten in das Europäische Parlament einziehen, bestimmt sich - abhängig vom Wahlergebnis - nach deren Reihung innerhalb der Partei und dem Ergebnis der Auswertung der Vorzugsstimmen.

Warum an der Europawahl im Mai 2019 teilnehmen?

Europa steht vor zahlreichen Herausforderungen, von der Migration bis zum Klimawandel, von der Jugendarbeitslosigkeit bis zum Datenschutz. In einer Welt, die immer stärker globalisiert ist und in der es immer mehr Wettbewerb gibt. Das Referendum über den Brexit hat zugleich deutlich gemacht, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht unwiderruflich ist. Obwohl Demokratie selbstverständlich sein sollte halten, ist sie im Prinzip und in der Praxis offenbar immer stärker in Gefahr.

Es muss prioritären Ziel im Sinne der Gesellschaft sein, dass mehr Leute bei der Europawahl ihre Stimme abgeben als bisher. Es geht nicht darum, zu sagen, wen man wählen soll, sondern dass man wählen und die Demokratie aktiv mitgestalten soll. Und das sollte man bewusst und in vollem Wissen darum tun, warum man jemandem seine Stimme gibt. Das direkte Gespräch ist dafür besonders wirkungsvoll.

Diesmal genügt es nicht, nur auf eine bessere Zukunft zu hoffen: Diesmal müssen alle Verantwortung übernehmen.

Unter folgendem Link finden Sie zahlreiche Informationen, warum man als Bürger der Europäischen Union zur Wahl gehen sollte:

<https://www.diesmalwaehleich.eu/>

Nachfolgend stellen wir Ihnen 5 Kandidaten vor, die sich der Wahl zum Europäischen Parlament stellen. Sie beantworten folgende drei Fragen.

- 1) Was ist Ihre persönliche Vision des zukünftigen Europas?
- 2) Welche Schwerpunkte wollen Sie in Ihrer Arbeit als MEP in den nächsten fünf Jahren setzen?
- 3) Wie kann bzw. soll Ihrer Meinung nach die EU die europäische Industrie und im Speziellen: die österreichische Baustoffindustrie unterstützen?

Claudia Gamon (NEOS)



1) Die Vereinigten Staaten von Europa (VS). Für uns geht bei unserer Vision der VS nicht darum, etwas abzuschaffen, sondern etwas Neues zu schaffen! Wenn wir Aufgaben auf die europäische Ebene verlagern, verlieren wir keine Souveränität, wir gewinnen Souveränität und zwar gegenüber globalen Mächten, wie China, Russland oder Donald Trumps USA. Als Nationalstaaten sind wir schwach und ein Spielball, als gemeinsames Europa sind wir eine starke Gemeinschaft, die unsere Zukunft aktiv gestalten kann.

2) Es geht darum, Europa endlich fit für das digitale Zeitalter und alle zukünftigen Entwicklungen in diesem Bereich zu machen. Wenn wir nicht aufholen beim Ausbau von 5G, der digitalen Bildung und der gerechten Besteuerung digitaler Großkonzerne, werden wir im internationalen Wettbewerb verlieren und innereuropäisch Probleme bekommen.

3) Uns geht es weniger um die Unterstützung spezieller Branchen, als um die Förderung bestimmter Leistungen, die im europäischen Interesse sind. Wir könnten uns vorstellen, Betriebe besonders zu fördern, die etwa eine besondere Leistung um den Klimaschutz erbringen oder gemeinsam mit örtlichen Partnerfirmen im Rahmen von EU-Programmen den Infrastrukturausbau auf dem Westbalkan vorantreiben.

Dr. Angelika Winzig (ÖVP)



1) Europa muss wieder selbstbewusster auftreten und den Fokus auf Zukunftsthemen legen. Es muss uns zu denken geben, dass unter den aktuell zehn einflussreichsten Unternehmen der Welt kein einziges aus Europa kommt. Wir haben zugelassen, dass uns andere Kontinente überholen. Die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Forschungsraumes ist eine der größten Herausforderungen.

2) Es geht mir unter anderem um ein Eindämmen der Regelflut. Unsere heimischen Betriebe dürfen nicht wegen überbordenden EU-Auflagen zum Abwandern gezwungen und Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe dürfen nicht unter die Räder kommen. Mir ist wichtig, dass wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um ein Atommüllendlager an der Grenze zu Österreich zu verhindern.

3) Erstens beim Bürokratieabbau. Potenziale sehe ich zB bei der Bauproduktverordnung (CE-Kennzeichnung) oder der EU-Unternehmensstatistik. Zweitens beim Fachkräftemangel. Es gibt Regionen in Europa, wo viele Leute keine Arbeit finden, während etwa in Österreich jeder zweite Betrieb händeringend nach qualifizierten Mitarbeitern sucht. Es muss besser gelingen, Arbeitssuchende aus diesen Regionen dorthin zu vermitteln, wo die Arbeit ist. Davon würde Österreich profitieren.

Dr. Werner Kogler (Die Grünen)



1) Wir wollen Europa als globaler Taktgeber im Kampf gegen die Klimakrise und für den Erhalt der Artenvielfalt, in dem die Freiheit des Menschen garantiert und zugleich die ökologischen Grenzen des Planeten respektiert wird. Unser unermüdlicher Einsatz gilt einer Europäischen Union, welche Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichstellung, Menschenrechte und Frieden verteidigt, und zugleich die europäische Idee weiterentwickelt.

2) Klimaschutz: Die EU kann als Global Player beim Klimaschutz viel erreichen, aber sie muss mutig sein und jetzt handeln.

- Liberale Demokratie und Menschenwürde: Diese und andere europäische Werte werden offen angegriffen. Deshalb wollen wir Europa vor alten Nationalisten und Nationalistinnen und neuen Rechtsextremen schützen.
- Wir setzen uns für faires Handeln ein, der die Rechte von Arbeitnehmer*innen, Landwirt*innen und Verbraucher*innen, den Tierschutz sowie den Schutz von Gesundheit und Umwelt stärkt, und nicht gefährdet.

3) Die EU soll Vorreiterin bei der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft sein. Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ein, wobei in Zukunftsbereiche wie Klimaschutz und erneuerbare Energien investiert werden soll. Die EU kann und soll die Baustoffindustrie (Österreichs und EU weit) bei der ökologischen Transformation unterstützen, z.B. im Bereich Verkehr - und Infrastruktur (Bahn, Rad- und Fußwege), thermische Sanierung sowie bei grüne Zukunftstechnologien.

Mag. Dr. Georg Mayer (FPÖ)



1) Ich denke, dass eine der größten Stärken Europas die enorme Vielfalt an verschiedenen Kulturen darstellt. In meiner Vision von Europa besteht die Möglichkeit diese Unterschiede, die ich sehr positiv wahrnehme zu erhalten, zu stärken und die Vorteile, die sich daraus ergeben für zukünftige Entwicklungen zu nützen.

Die Idee der derzeitigen Machthaber in Europa einen zentralistischen Einheitsstaat nach dem Vorbild der USA etablieren zu wollen, hat in meinen Augen für einen großen Teil der Menschen in der EU stark an Reiz verloren. Alle anderen Parteien, die in Österreich bei der EU-Wahl antreten wollen an diesem Konzept festhalten. Dies hätte zur Folge, dass nach und nach eine europäische Einheitskultur entsteht. Diese Entwicklung gilt es zu vermeiden. In meinem Zukunftsbild leben die Menschen in Europa friedlich und nach ihren eigenen Werten und Traditionen in ihrer eigenen Identität miteinander.

2) Eines der Hauptthemen für mich ist nach wie vor die Migration und das damit einhergehende Sicherheitsthema. Die EU hatte die Möglichkeit, durch eine starke Sicherung der Außengrenze Probleme der Islamisierung, wie wir sie in Graz und anderen Ballungszentren beobachten können, zu verhindern. Leider hat sie hier, wie auch auf anderen Gebieten kläglich versagt und ist hauptverantwortlich für diesen Missstand. Dadurch sind Sicherheitslücken entstanden mit deren Auswirkungen wir noch in den nächsten Jahrzehnten zu kämpfen haben werden. Die Herausforderungen in diesem Bereich realistisch zu betrachten und hier Lösungen zu erarbeiten, welche die Bedürfnisse der heimischen Bevölkerung in den Mittelpunkt rücken, ist sicher auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Schwerpunkt.

Der Zentralisierungswahn der EU, gegen den wir seit jeher ankämpfen, muss weiter eingedämmt werden. Hier haben wir schon in der Vergangenheit einwirken

können (Beispiel: Trinkwasserrichtlinie etc.). Auch Transport und Verkehrsthemen werden in Zukunft auf meiner Agenda stehen. Autofahrer dürfen nicht noch weiter zur Kassa gebeten werden. Verbraucherschutz und die Förderung regionaler Produkte aus der Landwirtschaft und die Eindämmung von Leberdientransporten sind auch auf der Agenda.

3) Das Projekt EU, das ursprünglich als Wirtschaftskooperation und als großes Friedensprojekt begonnen hat ist mittlerweile zu einem überbürokratisierten, starren Kontrollsystem ausgeartet, das für sich den Anspruch erhebt sich in jede Kleinigkeit in den Mitgliedsstaaten einzumischen und gleichzeitig für die großen Probleme wie Umweltschutz, Sicherheit und Masseneinwanderung keine Antworten gibt. Deshalb Die Alternative, die wir für sinnvoll erachten ist ein Rückzug der EU aus vielen Bereichen, die in den Mitgliedsstaaten besser aufgehoben sind. Unter dem Motto „weniger aber effizienter“ braucht es in der EU im Sinne des Prinzips der Subsidiarität eine stärkere Zusammenarbeit in den großen Fragen. Gleichzeitig muss sich die EU aber in kleinen Fragen zurücknehmen. Wir erinnern uns an Regelungen zum Bräunungsgrad von Pommes und ähnliche Absurditäten, mit denen sich der riesige EU-Apparat oft beschäftigt. Diese Dinge lehne ich ab und hoffe, dass sich eine Politik mit Hausverstand etablieren lässt, um die Notwendigen Veränderungen in der EU mitgestalten zu können.

Dies hätte automatisch zur Folge, dass die Industrie auch von Vereinfachungen im Bereich der Bürokratie und durch die Reduktion an Auflagen und Vorschriften die derzeit von Jahr zu Jahr mehr werden, profitiert und sich ohne diese Hindernisse, die es momentan für Unternehmen gibt, rascher entwickeln kann.

Evelyn Regner (SPÖ)



1) Ich will einen europäischen Wohlfahrtsstaat. Ein Europa, das den Menschen Schutz und Sicherheit gibt. Es geht um gute Jobs durch Investitionen, den Klimawandel und um Gleichstellung. Wir haben in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreich einen gemeinsamen Wirtschaftsraum aufgebaut. Jetzt müssen wir das mit klaren Regeln für die Starken und Sicherheitsnetzen für die Schwachen ergänzen. Wir brauchen einen Binnenmarkt, der für alle funktioniert. Ich kämpfe dafür, dass alle hart arbeitenden Menschen den Respekt bekommen, den sie verdienen. Dazu gehören eine europaweite Lohnerhöhung und hohe soziale Mindeststandards.

2) Ich bin seit 10 Jahren die starke Stimme der Beschäftigten im EU-Parlament. Ich habe noch viel vor: Steuerhinterzieher zur Verantwortung ziehen oder Briefkastenfirmen verbieten zum Beispiel. Ganz generell geht es darum, dort wo es sich die Großen richten, für faire Spielregeln zu sorgen. Die Konzerne kommen leicht ohne die EU aus, der Rest von uns profitiert, wenn Europa stark ist. Ich will, dass alle ihren fairen Beitrag leisten und sich niemand über unsere Regeln hinwegsetzen kann. Und dort wo es diese Regeln noch nicht gibt, gehören sie endlich dringend geschrieben.

3) Als Gewerkschafterin mache ich laufend in ganz Österreich Betriebsbesuche, um zu sehen, was die Beschäftigten in Betrieb für Probleme und Anliegen haben und wie ich sie im Europaparlament unterstützen kann. Ein starkes Europa braucht eine selbstbewusste Industrie, die die Zeichen der Zeit - Digitalisierung und Umweltschutz - rechtzeitig erkannt hat und gute Arbeitsplätze bietet. Nachhaltige Jobs und eine starke europäische Produktionsindustrie sind kein Widerspruch, sondern sind Teil des Europäischen Erfolgsmodells. Mehr EU-Mittel für Forschung sowie Fort- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen sind notwendig, damit die EU der erfolgreichste Binnenmarkt bleibt.

Weitere Informationen finden Sie unter

<https://www.what-europe-does-for-me.eu/de>

Was tut die EU für die Menschen? Als Beispiele:

Lehrlinge

<https://www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal/2/M02>

KMU

<https://www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal/2/B16>

Unternehmen

<https://www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal/2/B15>

Exportierende

<https://www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal/2/B72>

Haben Sie Fragen oder Anregungen zum Newsletter?

Dann wenden Sie sich bitte an
Frau Mag. Cornelya VAQUETTE
T +43 (0)5 90 900-3537
E steine@wko.at

Impressum:

Herausgeber: Fachverband der Stein- und keramischen Industrie,

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

T +43 (0)5 90 900 - 3533 | F +43 (0)1/505 62 40

E steine@wko.at, W www.baustoffindustrie.at

Für den Inhalt verantwortlich: DI Dr. Andreas Pfeiler

Redaktion: Mag. Cornelya Vaquette